V-26

Insekten- und Vogelsterben stoppen – Maßnahmen zum Schutz der biologischen Vielfalt

BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN

Außerordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
26. - 27. Januar 2018, Hannover

Antragsteller*in:	Steffi Lemke (Dessau-Rosslau KV)
Tagesordnungspunkt:	V Verschiedenes

Insekten- und Vogelsterben stoppen – Maßnahmen zum Schutz der biologischen Vielfalt

Wir erleben momentan ein dramatisches Insekten- und Vogelsterben. Erhebungen – wie die Krefelder Studie sowie zahlreiche weitere Studien, durchgeführt in unterschiedlichsten Gebieten Deutschlands und Europas – zeigen Verluste von bis zu 75% der Insekten-Biomasse. Diese empirischen Daten lassen sich auch praktisch erleben: wo noch vor 20, 30 Jahren im Sommer nach einer längeren Autofahrt die Windschutzscheibe voller Insekten war, bleibt die Windschutzscheibe heute quasi Insekten-frei.

Der Rückgang der Insekten hat weitreichende Folgen. Denn wo Insekten fehlen, finden auch Fledermäuse und Vögel keine Nahrung mehr, ihre Population ist u.a. durch den Insektenrückgang im Fortbestand bedroht: Drei von vier heimischen Vogelarten gelten mittlerweile als gefährdet. Seit 1990 sind besonders die Vögel der Agrarlandschaft bedroht. Der Bestand des Kiebitzes ist um 80 Prozent, des Braunkehlchens um 63 Prozent, der Uferschnepfe um 61 Prozent und des Rebhuhns um 84 Prozent zurückgegangen. Selbst „Allerweltsarten“ wie Feldlerche und Haussperling stehen mittlerweile auf den Roten Listen. Insgesamt ist in der EU ein Verlust von rund 300 Millionen Brutpaaren seit 1980 zu beklagen.

Global und national herrscht seit Jahrzehnten ein dramatisches Artensterben. Das Netz der Arten und Nahrungsnetze drohen zu zerreißen. Allein 39 Wildbienenarten sind inzwischen in Deutschland ausgestorben. Weltweit sind ca. 18 000 wirbellose Arten vom Aussterben bedroht. Diese Bedrohung der biologischen Vielfalt hat unabsehbare Konsequenzen für das ökologische Gleichgewicht der Erde. Ähnlich wie bei der Klimakrise müssen wir jetzt handeln, um nicht den Kipp-Punkt der biologischen Vielfalt zu überschreiten, nach dem Naturkreisläufe nicht mehr funktionsfähig sind.

Denn Bienen, Wildbienen und Schmetterlinge sind zuständig für die Bestäubung von Pflanzen. Vier Fünftel der bei uns heimischen Nutz- und Wildpflanzen sind sie angewiesen. Seriöse Schätzungen gehen von 230 bis 570 Milliarden Dollar aus, die diese Bestäuberleistung weltweit jährlich wert ist.

Schon 2007 beschloss Deutschland unter Umweltminister Sigmar Gabriel eine Nationale Strategie zur biologischen Vielfalt, mit dem Ziel, bis 2020 das Artensterben zu stoppen. Die hehren, auch internationalen, Ziele stehen jedoch in einem eklatanten Missverhältnis zu den bisher umgesetzten Maßnahmen zur Bekämpfung des Artensterbens. Weil die Agrar- und Naturschutzpolitik unter den letzten Regierungen wirkungslos waren, sind wir diesen Zielen nicht näher gekommen.

Wir GRÜNE kämpfen für den Artenreichtum und die biologische Vielfalt. Wir wollen die Agrar- und Naturschutz-, Umwelt- und Wirtschaftspolitik so ausrichten, dass gute Rahmenbedingungen

mehr Artenschutz und Erhalt der Vielfalt garantieren und fordern Sofortmaßnahmen im Kampf gegen das Artensterben.

Insekten- und vogelfreundliche Landwirtschaft fördern

In den letzten Jahrzehnten ist die Landwirtschaft vom Träger der Biodiversität zu einer ihrer größten Bedrohungen geworden. Weitflächige Monokulturen, die intensive und großflächige Nutzung von Grünland, häufige Wiesenmahd und der Rückgang von Landschaftsstrukturelementen wie Hecken und Streuobstwiesen oder Wacholderheiden haben zum Verschwinden von Lebensräumen für Insekten, Vögel und anderen Tieren geführt. Fehlentwicklungen wie Stickstoffüberschüsse, Erosion oder Belastungen mit Pestiziden und haben unübersehbare Folgen. Drastische Verluste an Insektenbiomasse, welche in Naturschutzgebieten gemessen wurden, zeigen, dass selbst Schutzgebiete die bisherigen Räume für die Natur nicht für den Erhalt vieler Arten ausreichen. Zentral ist deshalb die Schaffung von zusätzlichen Blühstreifen, Hecken, Feldlerchenfenster, Extensiv-Grünland oder Streuobstwiesen auf jedem landwirtschaftlichen Betrieb.

Wie wir Gifte vom Acker bekommen

Der großflächige, häufige Pestizideinsatz gehört zu den stärksten Treibern des Artensterbens. Die Wirkstoffmenge ist in den letzten 20 Jahren um rund ein Drittel gestiegen: von 1994 bis 2015 von knapp 27.000 Tonnen auf knapp 35. Ackergifte treffen nicht nur die Lebewesen, gegen die sie eingesetzt werden. Sie vernichten sowohl Wildkräuter als auch Insekten. Die Folgen sind alarmierend: Heute leben über 50 Prozent weniger Vögel als noch vor 30 Jahren auf den landwirtschaftlichen Flächen Deutschlands. Auch 35 Prozent der Ackerwildkräuter sind bereits verschwunden. Auf dem Land sehen wir Rückgänge bei nahezu allen Lebewesen, weil komplette Nahrungsnetzwerke zusammenbrechen.

Dabei belegen zahlreiche Studien, dass große Einsparungen beim Pestizideinsatz ohne Ertragseinbußen möglich sind. **Deshalb wollen wir eine umfassende Pestizidreduktionsstrategie umsetzen**, um Ackergifte von unseren Feldern zu bekommen und Vögel, Insekten und Wildkräuter zu schützen**.** Dazu gehört

- Anreize zu schaffen für eine deutliche Senkung des Einsatzes, dazu gehört auch eine Abgabe auf die Produktion von Pestiziden, um dem Verursacherprinzip Rechnung zu

tragen
und die Unterstützung pestizidfreier Bewirtschaftungsmethoden,

- ein Verbot des Einsatzes von Pestiziden in Natur- und Trinkwasserschutzgebieten, ökologisch sensiblen Bereichen und deren Pufferflächen, Vogelschutz- und FFH-Gebieten und auf artenreichem Grünland,
- die verbindliche, rechtssichere sowie sanktionsfähige Definition der „Guten Fachlichen Praxis“ im Einklang mit ökologischen Notwendigkeiten,
- die Förderung oder Festschreibung vielfältiger Fruchtfolgen,
- Rand- und Pufferstreifen einrichten, um die Abdrift von Pestiziden auf andere Flächen oder in Gewässer zu verhindern,
- die verbindliche Umsetzung aller Vorgaben des Integrierten Pflanzenschutzes, inkl. der Vorhaltung von Kontrollparzellen (und damit auch Schaffung von pestizidfreien Flächen im Kulturland),
- die Verbesserung der Zulassungsverfahren, inkl. der Forderung, wirkstoffspezifische Ausgleichsflächen festzuschreiben,
- der Ausbau der unabhängigen Pflanzenschutz-Beratung für Landwirte,
- die Förderung des und deutlich ausgebaute Forschung für nicht-chemischen Pflanzenschutz. Dafür sind mindestens 20 Prozent der Forschungsmittel im Agrarbereich in den Ökolandbau zu investieren, und die Mittel für die Erforschung robuster Sorten deutlich aufzustocken. Das kommt in gleichem Maß auch der konventionellen Landwirtschaft, die nachhaltiger wirtschaften will, zu Gute,
- die Vermarktungsförderung von Lebensmittelprodukten, die pestizidfrei erzeugt wurden.

Glyphosatausstieg jetzt

Glyphosat wird momentan auf 40% der deutschen Ackerfläche eingesetzt, obwohl Totalherbizide wie Glyphosat, die gegen alle Pflanzen toxisch wirken und diese abtöten, besonders fatal auf die Agrobiodiversität wirken.

Der Alleingang des geschäftsführenden Bundeslandwirtschaftsministers Schmidt begrub die Chance für einen EU-weiten Ausstieg aus der Nutzung von Glyphosat. Deshalb muss jetzt der nationale Ausstieg eingeleitet und ein Ausstiegsplan mit umweltfreundlichen Alternativen erarbeitet werden. Nun geht es um Schadensbegrenzung auf nationaler Ebene. Zum Schutz der Artenvielfalt, zur Wahrung des Vorsorgeprinzips und im Schulterschluss mit den französischen Partner*innen wollen wir **den Glyphosateinsatz in Deutschland rechtssicher beenden.**

Deshalb wollen wir

- den Einsatz von Glyphosat für den privaten Gebrauch und auf öffentlichen Flächen sofort untersagen,
- größtmögliche Anwendungsbeschränkungen für landwirtschaftliche Bereiche erlassen, damit auch dort sofort deutlich weniger Glyphosat eingesetzt wird,
- alle rechtlichen Methoden zur Einschränkung bzw. dem Einsatzstopp von Glyphosat vollständig auszuschöpfen.

Bienengefährliche Stoffe verbieten

Immer mehr Studien belegen eine Vielzahl von schädlichen Auswirkungen der Neonikotinoide oder ähnlich wirkender Wirkstoffe auf Bienen und andere Insekten. Sind diese den besonders schädlichen Giften ausgesetzt, können sie sich schlechter orientieren und fortpflanzen, schlechter lernen und kommunizieren und sind anfälliger für Krankheiten. Frankreich hat einen Ausstieg schon beschlossen, die EU-Kommission will inzwischen den Einsatz einiger Neonikotinoid-Wirkstoffe beenden. Deutschland muss den Vorschlag der EU-Kommission unterstützen. Aber das reicht nicht aus: **Der Einsatz sämtlicher Neonikotinoide und ähnlich wirkender bienengefährdender Wirkstoffe muss beendet werden**.

Ökolandbau voranbringen

Auf Öko-Höfen herrscht eine höhere biologische Vielfalt als auf konventionell bewirtschafteten Betrieben. Damit tragen diese auch zum Ziel einer insekten- und vogelfreundlichen Landwirtschaft bei. Wir brauchen deshalb einen deutlichen Ausbau des ökologischen Landbaus, was Flächen- und Marktanteile betrifft. **Dazu wollen wir bis 2025 die ökologische Land- und Lebensmittelwirtschaft mit insgesamt einer Milliarde Euro weiter entwickeln.** Wir brauchen daneben aber auch eine Ökologisierung der gesamten Landwirtschaft und Förderung pestizidfreier Nutzungsformen wie Streuobstwiesen – nicht zuletzt, weil Kontamination oder Abdrift aus konventionellen Betrieben sonst genau die trifft, die auf die Anwendung von Pestiziden freiwillig verzichten.

Naturschutz in der EU-Agrarfinanzierung stärken

Es ist dringend erforderlich, in der Agrarpolitik auch finanziell drastisch umzusteuern. Wir müssen weg kommen von einer finanziellen Förderung, die allein den Besitz von Fläche belohnt, wie das derzeit mit den jährlich 4,8 Millionen € aus der ersten Säule der Agrarpolitik passiert.

Wir GRÜNE setzen uns dafür ein, dass **Gelder aus öffentlichen Kassen nur noch für gesellschaftliche Leistungen** der Landwirtschaft zu verwenden. Dazu müssen schon jetzt bestehende nationale Spielräume für den Schutz von Vögeln, Fledermäusen, Insekten und anderer Arten genutzt werden. **Wir wollen die sofortige Umschichtung des jetzt schon möglichen Maximal-Anteils in die 2. Säule, um damit auch den Schutz der Biologischen Vielfalt besser zu finanzieren.**

Wir werden außerdem für den **Förderzeitraum nach 2020 auf eine Reform der EU-Agrarpolitik dränge**n, hier muss gelten „**Gesellschafliche Geld für gesellschaftliche Leistungen“**. Wir wollen die Zahlung der GAP-Mittel dann konsequent an die Erbringung von Gemeinwohlleistungen durch die Landwirte (über gesetzliche Vorgaben hinaus) knüpfen. Denn wir wollen eine vielfältige Landwirtschaft fördern, die ohne Gift, Gentechnik und Tierleid gesundes Essen für alle erzeugt. Eine Landwirtschaft, in der die Leistungen unserer nachhaltig arbeitenden Landwirt*innen gewürdigt werden und die ihnen ein gutes Auskommen verschafft. Die unserem Klima nützt, statt ihm zu schaden. Die mit der Natur arbeitet und nicht gegen sie, die

biologische Vielfalt schützt, statt zu zerstören. Landwirt*innen, die öffentliche Gelder erhalten, müssen nach diesen Grundsätzen wirtschaften.
Wir setzten uns für einen eigenständigen EU-Naturschutzfonds in Höhe von mindestens 15 Mrd. Euro jährlich ein. Dieser dient der Förderung von freiwilligen Naturschutzmaßnahmen beispielsweise zur Schaffung und Pflege zusätzlicher naturschutzfachlich wertvoller Bereiche bzw. Nutzungsverzichte etwa zum Schutz von Feld- und Wiesenvogelarten, die von Landnutzer*innen geleistet werden.

Grünland schützen

Knapp ein Drittel der landwirtschaftlichen Nutzfläche Deutschlands besteht aus Grünland. Grünlandstandorte beherbergen über die Hälfte aller in Deutschland vorkommenden Tier- und Pflanzenarten und haben somit auch große Bedeutung für den Schutz und den Erhalt der Artenvielfalt. Der Umbruch von Grünland und die Intensivierung der Nutzung auf den verbleibenden Flächen haben gravierende Auswirkungen auf die Artenvielfalt. So stehen heute z. B. fast alle typischen Wiesenvogelarten wie Kiebitz, Uferschnepfe und Braunkehlchen auf der Roten Liste der bedrohten Tierarten. Denn nur noch etwa 14 % der gesamten Grünlandfläche
können als artenreiches Grünland eingestuft werden. Dabei haben artenreiche Flächen eine überaus hohe Bedeutung für den Erhalt der biologischen Vielfalt sowie den Gewässer-, Boden- und Klimaschutz.

Wir setzen uns für eine umfassende **Grünlandstrategie** ein. Dazu gehört ein generelles Umbruchverbot auf sensiblen Standorten wie Niedermoorböden, Überschwemmungsgebieten, Standorten mit hohem Grundwasserstand, erosionsgefährdeten Flächen, Streuobstwiesen und artenreichem Grünland. Weiterhin die Einführung einer allgemeinen Genehmigungspflicht des Grünlandumbruchs auf allen Standorten mit Beurteilung durch Fachbehörden des Natur- und Wasserschutzes sowie die Verbesserung des Vollzugs bestehender rechtlicher Vorgaben vor allem in sensiblen Gebieten. Es braucht eine bessere Förderkulisse für den Erhalt von artenreichem Grünland durch höhere Weideprämien, Ausgleichszahlungen für benachteiligte Gebiete auf extensiv bewirtschafteten Flächen und Fördermaßnahmen zur Renaturierung und extensiven Nutzung von Mooren sowie eine flächengebundene Tierhaltung.

Bienen und Vögel brauchen unsere Kenntnis und unseren Schutz

Insekten sind die artenreichste Gruppe an Organismen und machen 70 Prozent aller Tierarten in Deutschland aus. Doch die Datenlage ist schlecht – viele Arten sind noch gänzlich unbekannt oder ihr Vorkommen ist unzureichend dokumentiert. Eine flächendeckende Beobachtung
und Zählung für Insekten gibt es nicht. Wir brauchen aber ein Bild davon, was wo lebt und wie sich Bestände verändern, um sie schützen zu können. Deshalb soll ein wissenschaftliches Bundesprogramm Forschung und Lehre stärken und interdisziplinär und problemorientiert zum Biodiversitätsschutz beitragen. Ein Bund-Länder-Programm zum **Biodiversitätsmonitoring** soll
unverzüglich auf den Weg gebracht werden. Die gesammelten Erkenntnisse sollen über Open Data
verfügbar gemacht werden. Dazu braucht es die Gründung eines nationalen Monitoringzentrums
und im Rahmen dessen auch die Schaffung eines Kompetenznetzwerks für integrative Taxonomie.

Vielfältige und artenreiche Kulturlandschaft

Hecken, Blühstreifen, Knicks, Alleen und Wildwiesen bieten Insekten und Vögeln ein zu Hause – leider werden diese Lebensräume immer weniger, denn unsere vielfältige Landschaft wird immer monotoner. Neben der Landwirtschaft gefährdet die Zerschneidung v.a. durch Infrastruktur und Zerstörung von Lebensräumen die Vielfalt an Insekten und anderen Arten. Wir wollen eine vielfältige Landschaft fördern und genau diese Rückzugs- und Nistorte erhalten und wiederherstellen. Dazu braucht es mehr Geld. Wir wollen das **Bundesprogramm Biologische Vielfalt auf 50 Millionen im Jahr aufstocken**, damit Vögel in Hecken und Insekten in Altholz wieder ein zu Hause finden.

Auch werden ungebremst Flächen zubetoniert. Der Flächenhunger und –verbrauch ist riesig. Vom Ziel den Flächenverbrauch bis 2020 auf 30 Hektar pro Tag zu begrenzen, sind wir weit entfernt. Wir müssen den Flächenverbrauch begrenzen und der Natur ihren Raum lassen.

Gärten, Grünanlagen als Hort der Vielfalt

Allein die Gärten Deutschlands decken eine Fläche ab, die größer als das Saarland ist. Vielfältige Gärten, Dörfer und Grünanlagen in den Städten bieten deutlich mehr Tier- und Pflanzenarten Raum als intensiv genutzten Agrarlandschaften, in denen unsere Lebensmittel erzeugt werden. Naturnahe Nutzung statt blütenloser Steingärten, Pestizidverzicht und insektenfreundliche Blumenwiesen sowie einheimische Bäume und Sträucher sind wichtige Beiträge zur Biologischen Vielfalt in Städten und Dörfern. Naturerlebnisräume und Naturerfahrungsräume bieten insbesondere Kindern und Jugendlichen Spiel-, Erlebnis- und Beobachtungsräume und damit prägende Erfahrungen für ein positives Verhältnis zur Natur. Wir GRÜNE fordern die Einrichtung solcher Räume gerade in großen Städten und Ballungsräumen.

Kommunen können durch Konzepte für bienenfreundliche Grünflächen- und Straßenrandbewirtschaftung, und entsprechende Anlagen an öffentlichen Einrichtungen (wie Kitagärten) einen wichtigen Beitrag gegen Blüten- und Lebensraummangel von Bestäubern leisten. Beratung zu bestäuberfreundlichen Gärten, Balkonen und Dachbegrünungen für Privatleute, ergänzt durch ein entsprechendes Pflanzenangebot in Gartenmärkten und Gärtnereien, würde alle unterstützen, die in ihrem direkten Umfeld etwas für Bienen tun wollen.

Mehr Wildnis in Deutschland

Die Agrarlandschaft prägt fast die Hälfte unserer Landschaften, aber Vögel und Insekten und andere Arten brauchen auch ungestörte Rückzugsorte, Wildnis. Deshalb sollen 2% der Landesfläche Deutschlands Wildnis werden. Dafür wollen wir konkrete Anreize schaffen und diese Gebiete als „Wildnisgebiet“ mit Verordnungsrahmen nach dem Bundesnaturschutzgesetz unter Schutz stellen. Wir fordern einen **Wildnisfonds** in Höhe von 500 Mio. Euro in Deutschland. Außerdem fördern wir den Waldumbau zu **naturnahen Wäldern** und werden das Ziel die natürliche Waldentwicklung auf 5% des Gesamtwaldes vorantreiben.

Artenschutz mitdenken

Auch am Meer sind Vögel gefährdet. Stellnetze der Fischerei bedrohen nicht nur Schweinwale sondern auch alle Seevögel, die tauchend ihre Nahrung suchen, wie zum Beispiel Eiderente, Seetaucher. Diese verfangen sich darin und ertrinken qualvoll. Stellnetzfischerei wird auch in Naturschutzgebieten betrieben. Wir fordern deshalb, ein sofortiges Ende der Stellnetz- und Grundschleppnetzfischerei in Naturschutzgebieten. Mittelfristig dürfen in der gesamten Ost- und Nordsee nur noch selektive und umweltschonende Fischfangmethoden zum Einsatz kommen, um die Fischerei in Einklang mit der Meeresumwelt zu bringen.

Um Vögel vor tödlichen Kollisionen oder Stromschlägen an Stromleitungen zu schützen, wollen wir, dass Freileitungen – zunächst in Naturschutzgebieten und Vogelzugkorridoren – durch Vogelschutzmarkierungen nachgerüstet werden. Auch für große Glasscheiben und –fronten muss
überlegt werden, wie der Vogelschlag verringert werden kann. Ebenso muss der Schutz von Vögeln und Fledermäusen bei der Errichtung von Windenergieanlagen durch technische Anpassungen sowie gute Planung auf der Basis unabhängiger Studien gewährleistet werden. Rund
60 Prozent der wirbellosen Arten weltweit sind nachtaktiv. Zum Schutz insbesondere von Insekten setzen wir uns für weniger Lichtverschmutzung ein – u.a. indem wir moderne Techniken wie nächtliche Abschaltmechanismen stärken.

weitere Antragsteller*innen

Harald Ebner (Schwäbisch Hall KV); Katrin Göring-Eckardt (Gotha KV); Christian Kühn (Tübingen KV); Martin Häusling (Schwalm-Eder KV); Renate Künast (Berlin-Tempelhof/Schöneberg KV); Uta Bergfeld (Schleswig-Flensburg KV); Markus Rösler (Ludwigsburg KV); Bettina Hoffmann (Schwalm-Eder KV); Anton Hofreiter (München-Land KV); Christian Franke (Altmarkkreis Salzwedel KV); Ines Advena (Münster KV); Philipp Schmagold (Kiel KV); Matthias Gastel (Esslingen KV); Sylvia Kotting-Uhl (Karlsruhe KV); Sibylle C. Centgraf (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Matthias Schlegel (Ilm-Kreis KV); Sebastian Walter (Mittelsachsen KV); Axel Vogel (Barnim KV); Turgut Altug (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Jutta Paulus (Neustadt-Weinstraße KV); Hermann E. Ott (Berlin-Steglitz/Zehlendorf KV); Ulrike Käthe Martha Ingeborg Sparr (Hamburg-Nord KV)